



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> Konferenz zur EU-Verfassung in Madrid

Am vergangenen Freitag startete Spanien erneut einen Versuch, sein europäisches und internationales Profil zu schärfen. Zu diesem Zweck hatte das spanische Außenministerium zu einer Konferenz un-



ter dem Titel „Für ein besseres Europa“ EU-

Mitgliedstaaten in die Hauptstadt eingeladen, um die Zukunft des Europäischen Verfassungsvertrages auszuloten. Insgesamt waren alle achtzehn EU-Länder erschienen, die die Verfassung bereits ratifiziert haben. Irland und Portugal sowie Schweden und Dänemark nahmen als Beobachter teil. Polen und Tschechien hielten sich allerdings fern.

Die Konferenzteilnehmer einigten sich grundsätzlich auf die Beibehaltung des Verfassungsvertrages unter Einbeziehung einiger Ergänzungen, darunter die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung, Kriterien für weitere Beitritte, Maßnahmen für den Umweltschutz sowie die klare Regelung von Kompetenzen zwischen Brüssel und den EU-Mitgliedstaaten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.

Außenminister Miguel Angel Moratinos (Foto) betonte, der Verfas-



sungsvertrag sei zwar nicht „perfekt“, doch sei der Text das Beste, was „uns gegenwärtig zur Verfügung steht“. Ein „Mini-Vertrag“ würde sich letztendlich als „unzureichend“ erweisen, fügte Moratinos hinzu.

Bereits im Vorfeld des Treffens hatte der für EU-Angelegenheiten zuständige Außenstaatssekretär Alberto Navarro in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung „El País“ am 25. Januar erklärt, Spanien ziehe eine Verbesserung des bereits existierenden Verfassungstextes einem neuen Entwurf oder einem "Mini-Vertrag" vor. Es dürfe nicht sein, so Navarro, dass letztlich innerhalb der EU-27 eine Minderheit derjenigen Staaten, die den Vertrag noch nicht ratifiziert haben, den politischen Raum innerhalb der EU einnehme. Spanien sei sich im Klaren darüber, dass der europäische Integrationsprozess über viele Jahre hinweg ohne Spanien und Polen vertieft worden sei. Aber diesen Vertiefungsprozess könne man nun einmal nicht ohne Frankreich fortsetzen. Dies bedeute aber nicht, dass Spanien den Vorschlag des französischen Präsidentschaftskandidaten Nicolas Sarkozy akzeptiere, der einen „Mini-Ver-

trags“ vorgeschlagen hatte. Dies sei angesichts der gewaltigen Herausforderungen für Europa nicht realistisch, so Navarro. Daher lehne Spanien jegliche Kürzungen des Vertragstextes ab. Ergänzungen wären allerdings vorstellbar, doch müsse das Grundgerüst des Vertrags erhalten bleiben. Auch EU-Währungskommissar Joaquín Almunia sprach sich gegen ein „Mini-Vertrag“ aus mit der Bemerkung, minimalistische Lösungsansätze würden nicht weiterführen.

In Spanien sorgte die Tatsache, dass Deutschland auf dieser Konferenz „lediglich“ von dem deutschen Botschafter in Madrid vertreten wurde, zu Irritationen. Die Abwesenheit des deutschen Europa-Staatssekretärs erklärte die spanische Regierung jedoch damit, dass Deutschland derzeit den Ratsvorsitz inne hat und deshalb der deutsche Europastaatssekretär als Koordinator der EU-Konferenzen einen neutralen Status einnehmen müsste.

Gänzlich zufrieden schienen jedoch die Konferenzteilnehmer Madrid nicht verlassen zu haben. Die Abwesenheit Polens und Tschechiens, die eher zum Lager der Verfassungsskeptiker gehören, trübte die spanische Euphorie. Spaniens Versuch, den Ratifizierungsprozess wieder in Gang zu bringen, dürfte wohl wieder ein Fehlschlag werden.

>> **Lage im Baskenland eskaliert nach Attentat**



Nach dem schweren Bombenanschlag auf

dem Madrider Flughafen Barajas vom 30. Dezember 2006, dem zwei Ecuadorianer zum Opfer gefallen waren, verschärft sich zusehends die Lage im Baskenland. Während sich der politische Streit in Madrid um das Ende bzw. die Fortsetzung des von der spanischen Regierung initiierten „Friedensprozesses“ zuspitzt, nimmt der Straßenterror im Baskenland, „Kale Borroka“, dramatische Ausmaße an. Daran beteiligen sich vor allem Jugendliche, die von ETA nahen Organisationen angeworben werden. Nachdem Staatsanwaltschaft und der Verband der Opfer des Terrorismus seit langem den Verbot der ETA-Unterorganisationen Jarrai, Haika und Segi gefordert haben, reagierte nun endlich das Oberste Strafgericht in Madrid und erklärte diese zu terroristischen Vereinigungen. Entsprechende Verhaftungen durch die Sicherheitsorgane konnten dann allerdings nicht mit großem Erfolg durchgeführt werden, da die Verdächtigen vermutlich rechtzeitig über Batasuna-Vertreter informiert worden waren.

Die Volkspartei begrüßte zwar die Entscheidung des Gerichts, betonte aber zugleich, dass Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero das Parteiengesetz auf die kommunistische Partei der Baskischen Länder (PCTV) anwenden müsse. Sie diene der ETA nahen Batasuna als Frontpartei im baskischen Parlament und müsse daher wie Batasuna verboten werden. Die PCTV, so die Volkspartei, habe ihr wahres Gesicht gezeigt, als sie geschlossen das Regionalparlament verlassen

habe, um der Abstimmung über die Verurteilung des Madrider Attentats fern zu bleiben.

Polizeikräfte rechnen vorerst nicht mit einer Deeskalation der Gewalt im Baskenland, zumal der wegen 25-fachen Mordes verurteilte ETA-Häftling José Ignacio de Juana Chaos mit seinem Hungerstreik Aufsehen erregt. Der wohl prominenteste ETA-Häftling befindet sich seit elf Wochen im Hungerstreik und schwebt in Lebensgefahr. Das Oberste Strafgericht stand nun vor der schweren Entscheidung, dem 51-jährigen ETA-Terrorist entweder Hafterleichterungen durch die Anordnung von Hausarrest zu gewähren oder seinen Tod im Gefängnis zu riskieren. Obwohl die Staatsanwaltschaft für Hafterleichterung plädierte, votierte das Gericht dagegen, so dass de Juana Chaos weiter in der Haft bleiben soll. Dies hatte unmittelbar zu weiteren Gewaltaktionen auf den baskischen



Straßen geführt. Der Vorsitzende der Volkspartei, Mariano Rajoy (Foto), verteidigte die Entscheidung des Gerichts und verwies darauf, dass der Rechtsstaat sich nicht erpressen lassen dürfte. Im Übrigen könne jeder Terrorist, der in den Hungerstreik trete, mit seiner baldigen Entlassung rechnen können, fügte Rajoy hinzu. Zapateros ehemaliger



Verteidigungsminister, José Bono (Foto), leistete sich hingegen eine verbale Entgleisung, als er die Entscheidung des Gerichts mit den Worten „Wenn de

Juana Chaos sich zu Tode hungern will, warum tat er dies nicht, bevor er 24 Menschen ermordete“ kommentierte.

Die Lage im Baskenland gerät zunehmend außer Kontrolle. Wenig



hilfreich erscheinen dabei die Bemühungen des baskischen Regionalpräsidenten Juan José Ibarretxe (Foto), trotz eines

Gerichtsverbots die Verhandlungskanäle zu führenden Batasuna-Vertretern offen zu halten. Ibarretxe, der seine politische Zukunft an einem erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen mit der ETA geknüpft hatte, hat sich bislang vehement gegen ein Ende des „Friedensprozesses“ gewehrt, so dass Ministerpräsident Zapatero eingreifen musste, um den Basken zur Raison zu bringen. Es wird allerdings spekuliert, dass Zapatero dem baskischen Regionalpräsidenten eine Wiederbelebung des „Friedensprozesses“ versprochen hat. Dies scheint nicht ganz unrealistisch zu sein, denn Zapatero



(Foto) hat den „Friedensprozess“ seit dem Madrider Anschlag nie dezidiert für

tot erklärt. Seine Kommentare beschränkten sich lediglich auf das Ende der Waffenruhe, die die ETA im März 2006 einseitig erklärt hatte. Vielmehr hob der Regierungschef noch in der vergangenen Woche vor, dass sich die ETA trotz des Anschlags vom 30. Dezember vermutlich in der letzten Phase ihres vier Jahrzehnte andauernden bewaffneten Kampfes befände. Umso

bedauerlicher sei es, so Zapatero, dass die oppositionelle Volkspartei sich gegen den von der Regierung vorgeschlagenen Antiterrorpakt, der alle Parteien einschließen soll, sperre. Die Volkspartei behindere damit das Ende des ETA-Terrorismus in Spanien. Als weitere Schwierigkeit bezeichnete Zapatero das Problem der PP, sich mit ihrer Wahlniederlage im März 2004 abzufinden. Die Volkspartei müsse sich nun endlich einer Phase der Selbstkritik unterwerfen, warnte der Regierungschef, denn die „Bürger verwehren solchen Parteien die Unterstützung, die nicht zu Verhandlungen, zum Dialog und zum Konsens bereit sind“.

>> **Vorsichtige Annäherung zwischen CiU und PP**

Das Scheitern des „Friedensprozesses“ von Ministerpräsident Zapatero mit der ETA hat vielfach zu Spekulationen über die Wahlchancen der Sozialisten bei den Parlamentswahlen im März 2008 geführt. In einem Kommentar hieß es bissig, Zapatero sei über Atocha, dem Tatort der Madrider Anschläge im März 2004, ins Amt gekommen und verlasse das Amt über Barajas, Madrids Flughafen, der Ziel des ETA-Anschlags Ende Dezember gewesen war. Die letzten Meinungsumfragen deuten nun bestenfalls auf ein Patt zwischen den zwei großen Volksparteien PSOE und PP hin. Entsprechend bereiten sich zahlreiche Parteien auf einen mög-

lichen Regierungswechsel in einem Jahr vor. Zünglein an der Waage könnte vor allem die katalanische Convergència i Unió (CiU) werden, das liberal-konservative Parteienbündnis, welches zwar als Sieger aus den vorgezogenen Regionalwahlen am 1. November 2006 hervorging, aber unerwartet von einer Regierungsbeteiligung ausgeschlossen wurde. Der sozialistische Spitzenkandidat José Montilla entschied sich entgegen allen Erwartungen für eine Wiederauflage der linksnationalistischen Dreiparteienkoalition und gegen die von Zapatero favorisierte Große Koalition zwischen CiU und Sozialisten. Die CiU sah sich daraufhin „düpiert“ und kündigte dem Regierungschef in Madrid jegliche Unterstützung im Madrider Parlament auf.



Die CiU befindet sich derzeit jedoch in der prekären Lage ohne Koalitionspartner weder in Katalonien noch in Madrid dazustehen. Einseitig hatte CiU-Chef Artur Mas (Foto) im Vorfeld der Regionalwahlen ein Versprechen abgegeben, niemals mit der Volkspartei zu koalieren. Der sicher geglaubte Sieg und die Aussichten auf eine Große Koalition mit den Sozialisten hatten ihn wohl verblendet. Dies sieht auch sein Bündnispartner, der Christdemokrat Josep Antoni Duran i Lleida (Foto), der Vorsitzender der katalanischen Christdemokraten (UDC) und General-



sekretär der CiU ist. Nach der Wahl kritisierte der CiU-Chef Artur Mas wegen seiner voreiligen und völlig unnötigen Politikstrategie gegen die Volkspartei. Schon kurz nach der Wahl sah sich Duran i Lleida, der auch die CiU-Fraktion im Madrider Parlament anführt, dazu gezwungen, das Versprechen von Mas zu relativieren. Er sprach von der Volkspartei als einen „natürlichen Partner“, mit dem die CiU ideologisch verwandt sei.

Mit dem Ende des „Friedensprozesses“ und den damit gestiegenen Chancen der Volkspartei, im Jahre 2008 doch noch in die Regierungsverantwortung zu kommen, wagt Duran i Lleida eine vorsichtige Annäherung an die PP. So stellte er in der vergangenen Woche seine Forderungen für die Bildung einer künftigen Koalition auf nationaler Ebene vor. Ohne dabei dezidiert die Volkspartei zu nennen, zählte er eine Reihe von Bedingungen auf, die der Koalitionspartner akzeptieren müsste, darunter die Anhebung der Sozialbeiträge, die Aufstockung der staatlichen Investitionen in den Regionen, die Klärung der Wasserpolitik sowie die Weiternutzung der Kernenergie. Ganz diplomatisch betonte Duran y Lleida, es gehe ihm nicht darum mit „wem“ zu paktieren, sondern vielmehr „worüber“ zu verhandeln sei.

Auch wenn Duran i Lleida es vermied, seinen favorisierten Koalitionspartner dezidiert zu benennen, so deutet alles auf die PP hin. Dies bestätigen nicht zuletzt die Äußerungen von PP-Chef Mariano Rajoy, der in einem Pressegespräch zu-

gab, sich in regelmäßigen Abständen mit Duran i Lleida auszutauschen.

>> Normalisierung der Beziehungen zwischen Spanien und USA?

Auch wenn die spanische Regierung stets auf die „guten“ Beziehungen zwischen Spanien und den USA verweist, so schlägt die Nachricht von einem bevorstehenden Arbeitsbesuch der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice



(Foto) in Madrid geradezu Wellen. Medienwirksam kündigte nun Spaniens Außenminister Miguel Angel Moratinos, der Rice am Ran-

de der Geberkonferenz für Libanon in Paris gesprochen hatte, an, die Außenministerin wolle ihren im Herbst 2006 abgesagten Besuch im März dieses Jahres nachholen. Der Herbsttermin, so Moratinos, sei lediglich wegen terminlicher Schwierigkeiten verschoben worden, denn die Beziehungen zwischen den beiden Ländern seien gut. Allerdings konnte Moratinos einen genauen Termin nicht angeben. Dazu müssten lediglich die Terminkalender abgestimmt werden, betonte Moratinos. Man habe sich aber bereits thematisch abgestimmt; so solle über die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, militärische Zusammenarbeit sowie über die bilateralen Finanzbeziehungen gesprochen werden. Problematisch dürfte der Bereich der militärischen

Zusammenarbeit verlaufen, denn seit einiger Zeit demonstriert eine breit angelegte Bürgerbewegung, die von der kommunistischen IU und den Gewerkschaften unterstützt wird, gegen den Ausbau eines NATO-Stützpunktes in Saragossa. Plakate mit dem Aufdruck „Für eine Friedenskultur. Nein zum Militärstützpunkt in Saragossa! Nein zur NATO! Weg mit den Militärstützpunkten!“ machen in der Region die Runde. Die Regierung befürchtet derweil weitere negative Auswirkungen auf die Beziehungen mit den USA.

>> **Leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit in Spanien**

Nach Meldung des spanischen Statistikamtes INE ist die Arbeitslosigkeit in Spanien im vierten Quartal 2006 leicht gestiegen. Die Arbeitslosenquote liegt bei 8,3 Prozent, 0,15 Prozent höher als im Quartal zuvor. Insgesamt sind 1,81 Mio. Spanier ohne Beschäftigung. Gegenüber dem Vorjahresquartal verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 36.600. Gleichzeitig entstanden im Jahr 2006 über 687.000 neue Stellen, heißt es in dem INE-Bericht.



Arbeitsminister Jesús Caldera (Foto) lobte die neuen Arbeitsmarktdaten als die besten seit 1979. Der wirtschaftliche Aufwärtstrend in Spanien halte weiter an, auch wenn das Wachs-

tum in diesem Jahr von 3,8 Prozent in 2006 auf 3,4 Prozent geringfügig zurückfalle, sagte Caldera. Er erwarte jedoch einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter acht Prozent.

Ganz so optimistisch sehen allerdings die spanischen Gewerkschaften die Entwicklung des Arbeitsmarktes nicht. Sie bezeichneten die neuen Daten als „irreführend“. Insbesondere kritisieren die Gewerkschaften die Qualität der abgeschlossenen Arbeitsverträge im Jahr 2006. Die Mehrheit der Verträge seien zeitlich begrenzt und von niedrigen Niveau. Die Regierung müsse alle Möglichkeiten ausschöpfen, um nachhaltige Stellen zu schaffen und die Qualifikation der Arbeitnehmer zu erhöhen. Hier sei noch viel Nachholbedarf, hieß es aus Kreisen des Gewerkschaftsverbandes.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Michael Däumer/Olaf Jörgens
Design: Normann Kreuter
Postanschrift:
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana